

Beschluss
des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung
vom 30.11.2010

- öffentlich –
- einstimmig -

Antidiskriminierungsstelle

Das Menschenrechtsbüro möge dem Rat für Integration und Zuwanderung sowie der Stadtratskommission für Integration einen Bericht über die Antidiskriminierungsarbeit der Stadt Nürnberg geben.

Die Stadt Nürnberg wird gebeten, die Antidiskriminierungsstelle des Menschenrechtsbüros effektiv auszubauen und mit ausreichend Personal und Finanzen auszustatten.

Wünschenswert wäre eine arbeitsfähige Antidiskriminierungsstelle mit folgenden Schwerpunkten:

- Anlauf- und Beratungsstelle für Personen, die sich diskriminiert fühlen
- Bearbeitung der Diskriminierungsfälle und Verhinderung weiterer Diskriminierungen
- Vermittlung und Mediation bei Konflikten (z.B. in den Bereichen Nachbarschaft, Arbeitsplatz, Freizeiteinrichtungen, Schule-Elternhaus etc.)
- Systematische Erfassung, Analyse und Dokumentation von Diskriminierungsfällen
- Präventionsarbeit (v.a. in Bildungseinrichtungen)

Begründung:

Der Stadtrat hat zwar 2006 das Menschenrechtsbüro mit der Antidiskriminierungsarbeit beauftragt, aber das Büro nicht mit ausreichend Personal und Finanzen ausgestattet. Es wäre sinnvoll, die kommunale Antidiskriminierungsarbeit zu effektiveren und auch die unterschiedlichen Einrichtungen besser zu koordinieren und zu vernetzen. Eine weitere enge Zusammenarbeit zwischen dem Menschenrechtsbüro und dem Integrationsrat wird angestrebt, die Einbeziehung und Stärkung der interkulturellen Mediation wäre wünschenswert.

Nürnberg, 30.11.2010

Vorsitzende



Diana Liberova

Schriftführerin



Natalya Izmaylova